

Entzweites Volk am Tag der Einheit

Zum zweiten Mal feierte Russland am 4. November mit dem „Tag der Volkseinheit“ die Befreiung von den „polnischen Okkupanten“ 1612. Bereits zu seiner Premiere verkam der neue „Prasdnik“ zum Auftauchtage für russische Nationalisten. In diesem Jahr verlief der Tag ruhiger als erwartet. Von Volkseinheit konnte aber keine Rede sein: In Moskau feierten die Faschisten, Antifaschisten, Orthodoxen und Kommunisten in getrennten Lagern.

„Endlich“, werden sich wohl manche gesagt haben, nachdem die Duma letztes Jahr den 7. November, den Tag der Oktoberrevolution, aus dem offiziellen russischen Feiertagskalender gestrichen hatte. Doch stattdessen wurde für den 4. November der „Tag der Volkseinheit“ ausgerufen. Mit diesem soll der Befreiung Russlands von den „polnischen Okkupanten“ 1612 gedacht werden.

Der Datumswechsel wurde so diskret vorgenommen, dass es das Volk kaum bemerkte: Laut Umfrage des Lewada-Zentrums wussten gerade acht Prozent der Russen, was sie am 4. November 2005 feierten. Ein Drittel der Befragten glaubte immer noch, den „Tag der Versöhnung und des Verständnisses“ zu begehen, wie Boris Jelzin 1997 den 7. November umbenannte. Und ziemlich genau die Hälfte der Bürger hatte keine Ahnung, worum es überhaupt ging. Daher zweifelten die Politologen gar an der Überlebensfähigkeit des neuen Ruhetages.

Für die russischen Neonazis schien der neue „Prasdnik“ hingegen wie geschaffen. Während sich der Kreml auf eine befürchtete orangene Revolution vorbereitete, paradierten am 4. November rund 2000 Rechtsradikale mit grimmigen Mienen und schwarzen Fahnen durch Moskau: „Das ist unser Land“, skandierten sie.

Kurz darauf lancierte der Kreml eine antifaschistische Kampagne und die großen politischen Parteien schlossen einen „Antifaschistischen Pakt“. Und obwohl er laut Gesetz in dieser Sache kei-

nerlei Entscheidungsbefugnisse besitzt, sprach Bürgermeister Jurij Luschkow Ende Oktober diesen Jahres ein Machtwort: „Ich habe entschieden, den ‚Russischen Marsch‘ in diesem Jahr zu verbieten.“

Und so war es denn auch. Rund 8 000 Polizisten sorgten für Ordnung, gut 600 Personen wurden festgenommen. Weil sie nicht marschieren konnten, schlossen sich die Ultrarechten einer gemeldeten Kundgebung der kleinen Partei „Volkswille“ an. Obwohl es auch in anderen russischen Städten zu nationalistischen Kundgebungen kam, verlief der Tag ruhiger als erwartet, die befürchteten Massenkundgebungen blieben aus.

Von der Einheit des Volkes konnte jedoch nicht die Rede sein: Die Kreml-treuen Patrioten der LDPR, die liberalen Antifaschisten von SPS und Jabloko, die Altkommunisten oder die Orthodoxen, alle kämpften sie auf einem separaten Platz in Moskau, von der Polizei gut bewacht, für ein anderes, für ihr Russland. Trotzdem dürfte das Überleben des Feiertages gesichert sein: Nach den diesjährigen Erhebungen des Lewada-Zentrums wissen nun bereits 20 Prozent der Bürger, was gefeiert wird. Allerdings will nur jeder zehnte Russe den Tag aktiv begehen. Hingegen feiert heute immer noch jeder fünfte Russe am 7. November die Oktoberrevolution. Zwei Drittel der Bürger wollen jedoch weder vom einen noch vom anderen Tag etwas wissen. Immerhin: Die Mehrheit scheint sich einig zu sein. **cw**

Alle kämpfen für 2008

Auch um Außenpolitik wird gestritten

Die Duma- und Präsidentschaftswahlen 2007/2008 rücken spürbar näher. Nicht nur die Kandidaten, sondern auch ihre möglichen Berater versuchen, sich in Stellung zu bringen: Anfang November präsentierte der ehemalige Ideologe der Rodina-Partei Michail Deljagin einer Expertenrunde sein Konzept für eine russische Außenpolitik. Sein nationalistischer und antiwestlicher Entwurf steht einer pro-europäischen Alternative gegenüber. Auch an dieser politischen Front wird 2007 heftig gestritten werden.

Christian Weisflog

Anfang der 90er Jahre noch verkündete der amerikanische Philosoph Francis Fukuyama das „Ende der Geschichte“. Mit dem Zerfall der Sowjetunion war für ihn erwiesen, dass es keine bessere Idee gibt als die liberale Demokratie. Er prophezeite deshalb den weltwei-



Michail Deljagin

ten Triumph dieses Wertesystems und für die Menschheit das Ende der ideologischen Evolution. Entgegen Fukuyamas Theorie scheint Russland jedoch nicht die erwarteten Lehren aus dem Zusammenbruch seines Imperiums zu ziehen. Interessen statt Ideen bestimmen den Lauf der Dinge. Und während die Werte der liberalen Demokratie praktisch beerdigt wurden, versuchen die Kreml-ideologen die Rückkehr zu autoritären Traditionen in viel versprechende, aber wenig bedeutende Begriffe zu packen: Keine liberale, sondern eine „souveräne Demokratie“ will Russland nun entwickeln.

Die von Michail Deljagin, dem Direktor des Instituts für Globalisierungsprobleme, erarbeiteten „Grundlagen für eine russische Außenpolitik“ fügen sich praktisch nahtlos in diese Tendenz ein: Laut dem ehemaligen Ideologen der Rodina-Partei sind die Industrienationen in ihren Bemühungen, die Welt zu einen, viel zu weit gegangen und müssten nun, um sie zu retten, einen Schritt zurück treten. Die vom „Westen“ etablierte Weltordnung, so Deljagin, sei dafür verantwortlich, dass zwei Drittel der Menschheit in Armut leben würden. Und darin wiederum sieht der Ökonom die Grundlage für die Expansion des islamischen Radikalismus. Zu Gunsten der kollektiven Sicherheit müsse der Westen seinem Kreuzzug für Demokratie und Menschenrechte deshalb Einhalt gebieten und jeder Gesellschaft das Recht zugestehen, nach ihren eigenen Gesetzen und Gewohnheiten zu leben. „Der Bedarf für eine konservative Konterrevolution ist offensichtlich“, schreibt Deljagin.

In fast sowjetischer Manier verwirft er die Menschenrechte als bloßes Machtinstrument des Westens. Vielmehr müsse Russland die Rechte der Persönlichkeit schützen. Das heißt: Recht auf Leben, auf Wohnung, Ausbildung, Gesundheitsversorgung und so weiter. Nur so könne Russland seine globale Leader-Position und all ihre Vorteile wieder erlangen. Der Feind von gestern bleibt der Feind von heute: die USA. Um den Feind zu vernichten, müs-

se man ihn in eine möglichst harte Konfrontation mit China und der islamischen Welt drängen.

„Das wichtigste Instrument der russischen Außenpolitik sind die Energieresourcen“, meint Deljagin. Diese sollten nur im Austausch gegen strategisches Eigentum für russische Unternehmen zu vergünstigten Preisen exportiert werden. Unter anderem könne Russland die GUS-Länder dadurch wieder unter seine Kontrolle bringen. Dies sei auch zwingend, um dort „das Chaos“ zu beseitigen.

Der deutsche Politologe Alexander Rahr stimmt zumindest Deljagins Analyse der momentanen Weltlage zu. Das Jahr 2006 habe Bemerkenswertes aufgezeigt: „Amerika gewinnt den Kampf für Demokratie nicht, die Nato-Expansion ist zum Stillstand gekommen, nach dem Scheitern des Verfassungsprojekts ist Europa paralysiert, alte Institutionen wie die UNO und die G8 funktionieren nicht mehr“, so Rahr. Er zeichnet das Bild eines isolierten Russlands. Die USA würden Moskau niemals als gleichberechtigten Partner akzeptieren. Und Europa sei dazu nur unter der Bedingung bereit, dass Russland seine liberalen Werte übernehme. Putin habe der EU vor fünf Jahren eine enge Partnerschaft auf der Basis gemeinsamer Interessen angeboten, aber nur Altbundeskanzler Gerhard Schröder sei darauf eingegangen, meint Rahr. Für die künftige außenpolitische Ausrichtung Russlands könnten die kommenden Monate deshalb entscheidend sein: „Alle Eliten kämpfen im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2008“, betont Rahr. Dabei stünden sich ein pro- und ein anti-europäisches Lager gegenüber.

Zudem, so meint Andrej Fjodorow, muss Russland 2007 mit der EU ein neues Partnerschaftsabkommen aushandeln. Ein Rücktritt Putins ohne neuen Vertrag sei kaum vorstellbar, betont das Mitglied des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik. Und wohl auch nicht vorteilhaft, denn: „Jeder neue Präsident wird fünf Mal schwächer sein als Putin.“ Ohne den Dirigenten Putin, werde es polyphoner zugehen. Es müsse aber gar nicht schlimm sein, wenn es Meinungsunterschiede gebe, so Fjodorow.

Widerspruch erteten Deljagins provokative Thesen vor allem von Nikolaj Slobin vom amerikanischen Institut für Weltsicherheit. Öl und Gas seien ein schwaches und wenig flexibles Instrument in der Außenpolitik: „Die Richtung, in der eine Pipeline verlegt wird, bestimmt über Jahrzehnte die Außenpolitik.“ Die USA seien zur Supermacht geworden, weil sie für andere Staaten ein Vorbild gewesen seien. „Aber niemand in der Welt will so leben wie in Russland“, meint Slobin. Russland fehle es an einer nationalen Außenpolitik, weil diese durch partikuläre Interessengruppen privatisiert worden sei. Allerdings herrsche, so Slobin, auch weltweit Ratlosigkeit, wie es weitergehen soll in der Außenpolitik: „Wenn wir uns nicht von alten Stereotypen lösen, kehren wir immer zur Terminologie des Kalten Krieges zurück.“ Die politische Geografie sei instabil und der Zerfall der Sowjetunion noch nicht beendet. Um dabei Ordnung zu schaffen, müsse auch Russland Verantwortung übernehmen, betont Slobin.

KURZ und KNAPP

Wahlen: Republikaner ausgeschlossen

Die Föderale Registrierungsbehörde verwehrt der Republikanischen Partei zusammen mit 15 weiteren Parteien die Registrierung. Damit wurde die russische Parteienlandschaft von 35 auf insgesamt 19 Organisationen zurecht gestutzt. Der Führer der Republikanischen Partei, der liberale Abgeordnete Wladimir Ryschkow, bezeichnete das Vorgehen der Behörde als rein politisch motiviert. Seine Partei verfüge über 64 000 Mitglieder. Die Registrierungsbehörde zählte jedoch nur 40 000. Gemäß dem neuen Parteiengesetz muss eine Partei mindestens 50 000 Mitglieder aufweisen und in der Hälfte der Föderationssubjekte über Unterorganisationen mit nicht weniger als 500 Parteimitgliedern verfügen. „Wir wurden nicht registriert, weil wir eine aktive und unabhängige Oppositionspartei sind“, betonte Ryschkow. Seine Partei, der sich auch die Soldatenmütter angeschlossen haben, hatte vor allem wiederholt die Missstände in der Armee kritisiert. „Wir werden ausgeschlossen, aber Parteien, die nur auf dem Papier existieren, wurden registriert“, beklagt sich Ryschkow. Allerdings wurden mit SPS und Jabloko liberale Parteien registriert, die ebenfalls als Kritiker der heutigen Regierung gelten. „Offensichtlich sieht der Kreml diese nicht als Oppositionsparteien“, begründet Ryschkow ihre Registrierung. Seine Partei will die Entscheidung der Behörden nun vor Gericht anfechten.

Husein-Urteil: Russland enthält sich

Während die USA das Todesurteil gegen den früheren irakischen Diktator Saddam Hussein begrüßten und europäische Länder es mehrheitlich verurteilten, enthielt sich Moskau der Stimme. „Jeder Prozess eines Staates gegen einen seiner Bürger ist eine innere Angelegenheit des jeweiligen Landes“, sagte der Sprecher des russischen Außenministeriums Michail Kamynin gegenüber den Medien. Allerdings: „Dieser Prozess führte bereits zu widersprüchlichen Reaktionen im Irak und einer Reihe arabischer Staaten. Es besteht die Gefahr, dass sich die instabile Lage im Land verschlechtert“, hieß es in einer offiziellen Erklärung des Außenministeriums. Aufgrund dieser labilen Sicherheitslage sei es deshalb wenig wahrscheinlich, dass das Urteil gegen Hussein auch wirklich vollstreckt werde, meinte der Vorsitzende des Außenpolitischen Komitees der Staatsduma Konstantin Kosatschew.

Zahlen bitte!

10 056

... Häftlinge kommen bei einer Amnestie zum 15. Jahrestag der turkmenischen Unabhängigkeit frei. Staatspräsident Saparmurat Nijasow begnadigte unter anderem sämtliche eingesperrten Ausländer – 253 Menschen aus elf Ländern – und fast alle Frauen. Ebenfalls das Gefängnis verlassen darf ein Teil der Oppositionellen, die 2002 einen merkwürdigen Anschlag auf den Konvoi Nijasows organisiert haben sollen. Vom Attentat hatte der „Turkmenbaschi“ erst später erfahren.

Moskauer Deutsche Zeitung

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Herausgeber
Heinrich Martens

Redaktion
Larissa Chudikowa
Redaktions-Assistenz
lotos@martens.ru

Carmen Eller
(Gesellschaft, Feuilleton, Fotoreportage)
celler@martens.ru

Tino Künzel
(Leben in Moskau, Geschichte,
Meinung und Medien)
tinok@martens.ru

Diana Püplichhuysen
(Wirtschaft, Zeitgeschehen,
Deutsches Dorf)
diana@martens.ru

Christian Weisflog
(Politik, Regionen, Russlands Nachbarn)
cweisflog@martens.ru

Elena Solominski
(Wo und Was in Moskau)
elens@gmx.net

Korrektur
Nina Botschkarjowa, Raissa Kraptschina

Computersatz
Hans Winkler

MDZ-Online
Tino Künzel

„Martens. Verlag & Consulting“ AG

Geschäftsführung
Olga Martens

Vertrieb
Nina Bogowik
Tel.: (495) 246 4051, Fax: (495) 248 3874
mdz-abo@martens.ru

Anzeigen
Tatjana Gorbatschowa
Tel./Fax: (495) 937 6545, 248 5858
gtv@martens.ru

Adresse
Russland, 119435 Moskau,
Deutsch-Russisches Haus,
Ul. Malaja Pirogowskaja 5, Office 54.
Tel.: (495) 937 6547, 248 23 30, 937 6544
Fax: (495) 248 3874
E-Mail: redaktion@martens.ru

MDZ im Internet: www.mdz-moskau.eu

Die Redaktion wird gefördert durch das Institut für Auslandsbeziehungen e.V. aus Mitteln des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für den Inhalt der veröffentlichten Anzeigen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck nur mit Quellenangabe möglich. Designentwurf: Natalija Gwosdewa. Registriert bei Roskompetschat. Registriernummer 017576. Redaktionsschluss: 8. November 2006. Gedruckt in der Druckerei „Pressa“. Auflage 25 000 Expl. Номер заказа 510921. Газета в розницу не распространяется